

## **Aufforderung zur Angebotsabgabe**

Europaweite Ausschreibung

- Offenes Verfahren -

Betrieb des Hofer Landbus im Landkreis Hof – Raum Münchberg

### **1. Auftraggeber**

Auftraggeber ist der Landkreis Hof.

### **2. Art, Umfang und Ort der Leistungen, Losaufteilung**

Die Leistungen werden als Dienstleistungsauftrag im Rahmen eines Offenen Verfahrens vergeben.

Ausgeschrieben ist ein Bruttovertrag.

Eine Aufteilung in Lose ist nicht möglich.

Den Zuschlag erhält das Angebot mit dem niedrigsten Wertungpreis. Dieser ist die Summe der Vorhaltekosten für drei Fahrzeuge (die Kosten weiterer Fahrzeuge müssen in die Vorhaltekosten der vier Fahrzeuge eingepreist werden, und sind nicht gesondert auszuweisen), die Vorhaltekosten Fahrer (mit AG-Anteil), die Verwaltungskosten, und die variable Kosten je Besetzt-km, welche mit 2.500 (Abrufe pro Monat) x 12 (Monate) x 8,00 km (durchschnittliche Fahrtstrecke) multipliziert werden.

Die Auftragsvergabe kann nur an einen Bieter erfolgen, der mit seinem Angebot die Erfüllung der Berufszugangsvoraussetzungen nach der PBZugV nachweist (z.B. durch Vorlage einer Kopie bzw. eines Scans einer Genehmigung für den Linienbedarfsverkehr, Verkehr mit Taxen, Mietwagenverkehr oder gebündelten Bedarfsverkehr).

### **3. Vertragslaufzeit, Leistungszeitraum**

Die Vertragslaufzeit beginnt mit Zuschlagserteilung und endet am 31.12.2029.

Der Leistungszeitraum beginnt am 01.01.2026 und endet am 31.12.2029.

### **4. Nebenangebote**

Nebenangebote sind ausgeschlossen.

## 5. Informationen zu den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen, d.h. Download der Vergabeunterlagen unter der in der Auftragsbekanntmachung genannten URL, vor Angebotsabgabe in deutscher Sprache auf elektronischem Weg (Fax oder E-Mail) darauf hinzuweisen.

Fragen zu den Vergabeunterlagen sind an die in der Auftragsbekanntmachung angegebene Stelle bis spätestens 02.10.2025, 12:00 Uhr (Ortszeit) zu stellen.

Sowohl Rückfragen der Bieter als auch die Antworten der Vergabestelle werden in anonymisierter Form allen Bietern unter der in der Auftragsbekanntmachung genannten URL zur Verfügung gestellt, soweit in den Antworten wichtige Aufklärungen über die geforderte Leistung oder die Grundlagen der Preisermittlung gegeben werden. **Der Bieter ist verpflichtet, regelmäßig unter der angegebenen URL die aktuellen Bieterinformationen der Vergabestelle einzusehen!**

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sämtliche etwaigen Änderungen und Ergänzungen zu den Vergabeunterlagen ausschließlich unter der angegebenen URL veröffentlicht werden.

Mündliche und telefonische Anfragen werden nicht beantwortet, und Auskünfte in dieser Form nicht erteilt.

## 6. Kosten

Für das Bearbeiten und Einreichen des Angebots wird dem Bieter keine Entschädigung gewährt.

## 7. Angebot

Das GWB-Vergaberecht schreibt die Übermittlung von Angeboten in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel vor. Die Angebote sind innerhalb der Angebotsfrist, welche am **08.10.2025 um 12:00 Uhr** endet, per E-Mail an folgende E-Mail-Adresse der Vergabestelle zu senden:

[lkr-hof@kanzlei-zuck.de](mailto:lkr-hof@kanzlei-zuck.de)

Hinweis: Es kommt auf den Eingang der E-Mail an. Das Risiko einer verzögerten E-Mail-Übermittlung trägt der Bieter. Der Server der Vergabestelle synchronisiert seine Uhrzeit mit der Zeit der Atomuhr der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt.

Alle Angebotsdateien müssen der E-Mail als eingescannte pdf-Dateien, das Preisblatt zusätzlich auch als Excel-Datei in einer Zip-Datei anhängen.

Um ein vorzeitiges Öffnen der Angebote zu verhindern, muss diese Zip-Datei mit einem Passwortschutz gegen Öffnen versehen sein. Das Passwort besteht aus mindestens 14 Zeichen, und enthält mindestens je einen Großbuchstaben, einen Kleinbuchstaben, eine numerische Zahl und ein Sonderzeichen wie z.B. \_!?!=-.

Um ein vorzeitiges Öffnen der Angebote zu verhindern, muss das Passwort mit einer gesonderten E-Mail an die oben angegebene E-Mail-Adresse übermittelt werden. Diese E-Mail darf der Vergabestelle **nicht vor** dem Ablauf der Angebotsfrist am 08.10.2025, 12:00 Uhr, und **nicht nach** dem 08.10.2025, 14:00 Uhr (Beginn der Öffnung der Angebote) zugehen.

Hinweis: Alle eingegangenen E-Mails mit Datei-Anhängen und die E-Mails mit den Passwörtern werden

ungeöffnet in Gegenwart von drei Kanzleimitarbeitern auf einen USB-Stick kopiert. Dieser wird in einem Umschlag versiegelt, welcher ohne Zerstörung des Umschlags nicht geöffnet werden kann.

## 8. Einzureichende Nachweise und Unterlagen, weiteres Verfahren

Der Teilnahmeantrag besteht aus folgenden Unterlagen und Nachweisen:

1. Preisblatt **mit Stempel und Unterschrift** eingescannt als **pdf** und zusätzlich ohne Unterschrift als Excel-Datei.
2. Nachweis einer Referenz (ggf. mit Ansprechpartnern, ansonsten Scan einer Genehmigungsurkunde) zu vergleichbaren Leistungen **mit Stempel und Unterschrift** eingescannt als **pdf**.
3. Ein aktueller Handelsregisterauszug – datiert nicht vor dem 30.04.2025.
4. Die letzten beiden Jahresabschlüsse oder Einnahmen-Ausgaben-Überschussrechnungen.
5. Angaben zum Ansprechpartner.

Die Angebote sind in allen ihren Bestandteilen, inklusive aller geforderten Nachweise und Erklärungen, in deutscher Sprache zu verfassen. Nachweise und Erklärungen sind im Original oder als beglaubigte Kopie beizulegen (für den Handelsregisterauszug genügt ein Ausdruck aus dem elektronischen Informations- und Kommunikationssystem, über das die Daten aus den Handelsregistern abrufbar sind). Erforderlichenfalls ist neben dem Original auch eine deutsche Übersetzung der Nachweise und Erklärungen beizulegen. Hierfür entstehende Kosten sind vom Bieter zu tragen. Der Bieter trägt die Verantwortung für die korrekte Übersetzung der eingereichten Nachweise und Erklärungen. Ist keine Eintragungspflicht ins Handelsregister gegeben, so sind die Gründe hierfür in einer formlosen Eigenerklärung darzustellen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Die in den Vergabeunterlagen (Leistungsbeschreibung) enthaltenen Leistungs- und Qualitätsstandards sind Mindestanforderungen und für den Bieter bindend. Angebote, die diese Vorgaben nicht einhalten, werden von der Wertung ausgeschlossen. Angebote, die nicht die geforderten Angaben und Erklärungen enthalten, können vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Angebote, die verspätet eingegangen sind, werden nicht berücksichtigt, es sei denn, dass der verspätete Eingang durch Umstände verursacht worden ist, die vom Bieter nicht zu vertreten sind.

Die Anforderungen an die Angebote gelten auch für die Rücknahme oder etwaige Ergänzungen, nachträgliche Änderungen und Berichtigungen des Angebotes bis zum Ende der Angebotsfrist.

Die Bindefrist endet am 08.12.2025, 24:00 Uhr (Ende Bindefrist).

Sollte absehbar sein, dass ein Zuschlag aufgrund eines Nachprüfungsverfahrens bis zum Ende der Bindefrist nicht erfolgen kann, behält sich der Auftraggeber vor, den Bieter zu einer angemessenen Verlängerung der Bindefrist aufzufordern.

## **9. Ansprechpartner auf Seiten des Bieters**

Der Bieter hat in seinem Angebot einen zur Abgabe von Erläuterungen des Angebotes autorisierten Ansprechpartner zu benennen, mit dem der Auftraggeber bzw. die von ihm beauftragten Dritten während der Phase der Auswertung der eingegangenen Angebote und der Phase der Entscheidung über den Zuschlag in allen Angelegenheiten, die sein Angebot betreffen, Kontakt aufnehmen können. Anzugeben sind Name, Adresse, E-Mail-Adresse sowie Fax- und Telefonnummer des Ansprechpartners.

## **10. Bietergemeinschaften**

Die Abgabe eines Angebots durch eine Arbeitsgemeinschaft oder andere gemeinschaftliche Bieter (im Folgenden: Bietergemeinschaften) ist vorbehaltlich etwaiger wettbewerbsbeschränkender Absprachen zugelassen.

Die Bietergemeinschaft muss im Angebot ihre Mitglieder bezeichnen und einen uneingeschränkt bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages benennen, der stellvertretend für sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft als Ansprechpartner dient. Die Bietergemeinschaft muss eine schriftliche formlose Erklärung über die Eingehung der Bietergemeinschaft enthalten, welche von allen Mitgliedern unterschrieben ist.

Fehlt die Unterschrift eines Mitgliedes, so liegt kein rechtsverbindliches Angebot der Bietergemeinschaft vor. Das Angebot ist in einem solchen Fall auszuschließen. Kommt jedoch einem Mitglied aufgrund eines rechtsgültigen Gesellschaftsvertrages oder einer anderen rechtsgültigen schriftlichen Vereinbarung zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe Alleingeschäftsführungsbefugnis zu, so genügt im Angebot die Unterschrift dieses Mitgliedes.

## **11. Einsatz von Subunternehmern**

Der Bieter kann einzelne Leistungen durch Subunternehmer erbringen lassen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Bieter verpflichtet ist, einen bedeutenden Teil der Leistung selbst zu erbringen (Art. 4 Abs. 7 VO 1370).

## **12. Vertragsschluss**

Der erfolgreiche Bieter schließt mit Zuschlagserteilung mit dem Auftraggeber den in den Vergabeunterlagen enthaltenen Verkehrsvertrag ab; dieser wird durch Unterzeichnung des Preisblatts anerkannt.

## **13. Unterrichtung der Bieter**

Die Bieter, die ein Angebot abgegeben haben, werden gemäß § 134 GWB über die Nichtberücksichtigung ihres Angebotes informiert.

## **14. Nachprüfungsbehörde**

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen können sich die Bieter an folgende Nachprüfungsbehörde wenden:

Regierung von Mittelfranken, Vergabekammer Nordbayern  
Promenade 27 (Schloss)  
91522 Ansbach  
Telefon: +49 981531277  
Fax: +49 981531837  
E-Mail: [vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de](mailto:vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de)  
Internet: <http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/>

- Ende des Aufforderungsschreibens –